

Newsletter 03/2022

Auf der Suche nach dem Vermögen der Oligarchen

+++Auf der Suche nach dem Vermögen der Oligarchen+++Übergewinnsteuer: neuer Anlauf+++Welttag des Glücks – Erben ist Glückssache+++Umwelt-Steuerreform statt Tankgutschein für SUV-Fahrer+++UN-Steuerkonvention für global gerechte Verhandlungsregeln+++Blitzer-Warnung für Steuerhinterzieher?+++

Newsletter – März 2022

Seit unserem letzten Newsletter hat sich das Europa, das wir bisher kannten, verändert. Das erschüttert uns alle. Was bedeutet Steuergerechtigkeit in Zeiten von Krieg? Schon jetzt ist klar: Es werden immens hohe Kosten auf unsere Gesellschaft zukommen und die Corona-Krise hat gelehrt, dass eine faire Verteilung von Krisenkosten keine Selbstverständlichkeit ist. Zudem befinden wir uns in einem Konfrontationsszenario, in dem die Bedeutung effektiver Wirtschaftssanktionen einen ganz neuen Stellenwert eingenommen hat. Schon lange reklamieren wir die mangelnde Transparenz über die wahren Eigentümer globaler Vermögenswerte – und der bisher recht erfolglose Versuch die Vermögen russischer Oligarchen zu beschlagnahmen zeigt, warum: Deutschland und die EU sind nicht in der Lage, ihre Vermögenswerte zu identifizieren. Damit und mit weiteren wichtigen Themen beschäftigt sich unser aktueller Newsletter.

Christoph, David, Julia und Yannick

[Schattenfinanz und Geldwäsche](#)

Auf der Suche nach dem Vermögen der Oligarchen

Seit fast genau acht Jahren [sanktioniert die EU](#) russische Oligarchen. In den letzten drei Wochen wurde die [Liste mehrmals erweitert](#) auf mittlerweile fast 1.000 Personen. Außer einer Yacht, einem Privatjet und ein paar Villen ist bisher kaum Oligarchen-Vermögen gefunden. Der Grund: niemand darf und kann bisher systematisch danach suchen. In der [Antwort auf eine kleine Anfrage](#) schrieb das Bundesfinanzministerium 2021 noch: "EU-Sanktionsrecht gilt grundsätzlich unmittelbar und bedarf keiner expliziten Umsetzung", wird also den Banken und Unternehmen überlassen. Seit wenigen Tagen gibt es auf Ministeriumsebene nun doch eine Task-Force, die darüber berät, "das Sanktionsregime in gesetzliche Vollzugsgrundlagen zu transformieren". Und die

Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt lässt das BKA wegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung ermitteln. Frustrierend spät und langsam und doch auch Grund für Optimismus. Weil die Lösungswege schon 30 Jahre lang vorbereitet werden, gibt es jetzt Hoffnung auf große Fortschritte:

- a) Die Kommission hat eine [EU-Verordnung](#) vorgelegt in der nur sechs geänderte Buchstaben dafür sorgen könnten, dass europaweit die wirtschaftlich Berechtigten von Immobilien im Transparenzregister eingetragen werden müssen (Artikel 48).
- b) Ein [Rechtsgutachten des BBSR](#) hat festgehalten, dass und wie das in Deutschland gehen kann und die Forderung nach einem vernetzten Immobilienregister steht im Koalitionsvertrag.
- c) Großbritannien hat vorgemacht, wie ein *unexplained suspicious wealth order* funktionieren kann und die Gewerkschaft der Polizei hat das in deutsches Recht übersetzt.

In den letzten drei Wochen haben wir unzählige Gespräche und Interviews geführt und viele Menschen haben sich zum ersten Mal ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt. Ein konkretes Beispiel wie die Suche nach anonymem Oligarchen-Vermögen und die Geldwäschebekämpfung insgesamt funktionieren könnte, genauso wie regelmäßig aktualisierte Informationen und Links zum Thema finden sich in unserem [Hintergrundpapier zu den Sanktionen](#) und auf unserer [Themenseite](#).

Weitere Nachrichten:

- **Dr. Benjamin Vogel vom Max-Planck Institute für Kriminalität, Sicherheit und Recht erklärt in einem [FAZ-Einspruch](#) (€)**, dass die Sanktionen noch breiter auf die russische Elite und auf deren indirekte Helfer (siehe z.B. US-Sanktionsdrohungen gegen chinesische Chiphersteller mit sanktionierten Geschäftspartnern) ausgerichtet sein und Finanzflüsse besser überwacht werden müssten um Wirkung zu entfalten.
- **Der schwedische Telekommunikationskonzern Ericsson hat im Irak anscheinend jahrelang Bestechungsgelder gezahlt**, auch an ISIS. Das zeigt ICIJ in einem [neuen Leak](#).
- **Vom baufälligen Plattenbau in Selb im Fichtelgebirge zum anonymen luxemburgischen Investmentfonds und in die Schweiz: [Gemeinsam mit dem bayerischen Rundfunk](#)** haben wir mal wieder eine Eigentümerkette verfolgt und dabei gezeigt, wie das deutsche und luxemburgische Transparenzregister systematisch umgangen werden: Trick hier der 100% kontrollierte aber nicht registrierte Sub-Fonds.

Wirtschaftsminister Habeck will Krisengewinne der Öl- und Gaskonzerne besteuern. Die [Europäische Kommission](#) empfiehlt es den Mitgliedstaaten und hat sogar einen Kriterienkatalog vorgelegt, wie das EU-Rechts konform geht. Die [IEA](#) schätzt, dass die Maximalvariante (einschließlich Erneuerbare) weltweit 200 Milliarden bringen könnte. Ein [aufschlussreicher Thread](#) kommt zu dem Schluss, dass die Gewinne vor allem in den Raffinerien entstehen. Die gehören meistens ausländischen Unternehmen. In Deutschland dürfte also nur ein geringer Teil der Gewinne verbleiben. Überlegungen zu einer deutschen Übergewinnsteuer gab es auch beim Ölpreisschock von 1973 und nach der Corona-Krise. In einem [Blog](#) haben wir uns diese Debatte schon 2020 angeschaut. Aktuell rechnen wir nach und überlegen, wie eine Übergewinnsteuer aussehen müsste um in Deutschland nennenswerte Einnahmen zu erzielen und/oder die Preisexzesse zu stoppen.

Weitere Nachrichten:

- **EU-Finanzminister nicht einig über die Umsetzung der globalen Mindeststeuer.** Der von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf erhielt bei einem Treffen der EU-Finanzminister letzte Woche [keine Zustimmung](#). Die Einigung ist durch die notwendige Einstimmigkeit erschwert. Aktuell fehlt die Unterstützung von Schweden, Polen, Malta und Estland. Die nächste Gelegenheit für einen Kompromiss wird sich beim nächsten Treffen der EU-Finanzminister Anfang April bieten.
- **Die Steuervermeidungstricks von McDonald's kosteten das Vereinigte Königreich in 10 Jahren 295 Millionen Pfund.** Zu diesem Schluss kommt eine neue [Publikation](#). Dafür nutzt das Unternehmen Konstruktionen über London, Singapur und Delaware. Umfangreiche Staatshilfen und Steuervergünstigungen im Corona-Krisenjahr 2020 haben das anscheinend nicht geändert.
- **EU-Steuerparadies-Liste bleibt weiterhin ein zahloser Tiger.** Der [halbjährliche Review](#) der Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete brachte keine Veränderungen. Dabei fehlen nach wie vor Jurisdiktionen wie die Cayman Islands, die laut Corporate Tax Haven Index eine der weltweit bedeutendsten Steuerparadiese ist.

Vermögen, Erbschaften, hohe Einkommen

Welttag des Glücks – Erben ist Glückssache

Ein großer Teil des Vermögens in Deutschland wurde durch Erbschaft und Schenkung weitergereicht. Davon profitieren aber nur wenige, denn gerade einmal 30 Prozent der Menschen in Deutschland erben einmal im Leben ein nennenswertes Vermögen. Ein Millionenerbe erhält nur ein sehr kleiner Personenkreis und häufig der, der ohnehin schon finanziell gut gestellt ist. Die übrigen 70 Prozent gehen praktisch leer aus.

Am 20. März 2022 war der Welttag des Glücks. [Ein Anlass für uns darauf aufmerksam zu machen, dass das Erben vor allem eines ist: Glück](#), dass nur wenigen zuteil wird. Und auch über die Umverteilungswirkung der Erbschaftssteuer wird das leistungslose Erbe der Wenigen nicht zum Glück der anderen: Erbschaften und Schenkungen von mehr als 20 Millionen Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt mit nur 2,87 Prozent besteuert. Die Erben oder Beschenkten, die weniger als 20 Mio. Euro erhielten, mussten darauf im Schnitt immerhin 9,3 Prozent Steuern zahlen.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften in mehreren Schritten ausgehöhlt. Insbesondere die Ausnahmen für große Betriebsvermögen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben dafür gesorgt, dass die Steuersätze entgegen dem Leistungsfähigkeitsprinzip bei höheren Vermögen abnehmen.

Weitere Nachrichten:

- **So ungerecht kann erben sein:** Ein [FAZ-Blog nahm unlängst](#) zwei neue Erbschaftsteuer-Studien aus Australien und Norwegen zum Anlass zu behaupten, dass Erbschaften und Schenkungen die soziale Ungleichheit nicht etwa verschärfen, sondern sogar verringern würden. Sowohl die Studien als auch die Interpretation führen in die Irre. Wir erklären in unserem [Blog](#) warum.
- **Gesellschaften mit gebundenen Vermögen** sollen Unternehmern helfen Unternehmensvermögen langfristig zu binden und Familienunternehmen die Nachfolge erleichtern. Sie finden sich auch im Koalitionsvertrag. Bei einer [online Veranstaltung](#) des [Instituts Finanzen und Steuern](#) warnte Prof. Dr. Birgit Weitemeyer davor, dass diese Gesellschaften mehr Risiko als Chance bieten: dauerhaft nicht ausgeschüttete und damit nicht besteuerte Gewinne verschärfen nur das Anwachsen unverteuerter Vermögensmassen (Amazon-Effekt). Und ohne eine effektive staatliche Kontrolle (wie bei den Stiftungen) entstehen zu große Lücken für Missbrauch, spätestens nach zwei Generationen.

Deutsches Steuersystem

Umwelt-Steuerreform statt Tankrabatt für SUV-Fahrer

Wegen der gestiegenen Spritpreise hat Bundesfinanzminister Lindner vorgeschlagen allen Autofahrern einen Tankrabatt zu gewähren. Unionspolitiker fordern eine Steuersenkung. Die [OECD](#) fordert hingegen gezielte Entlastungen für die Ärmsten und selbst [Clemens Fuest kritisiert](#) die Umverteilung von unten nach oben.

Passend dazu zeigt eine aktuelle [Studie](#) des [Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. \(FÖS\)](#): Der Anteil der Umweltsteuern an den öffentlichen Einnahmen ist seit nahezu zwei Jahrzehnten rückläufig. Auch 2021 sank ihr Anteil

an der Finanzierung des Staatshaushalts erneut auf einen historischen Tiefstand von 3,7%. Innerhalb der EU zählt Deutschland damit zu den Schlusslichtern.

Ein zentraler Grund für den sinkenden Umweltsteuer-Anteil ist die Inflation. Da Umweltsteuern in der Regel Mengensteuern sind, d.h. ein fixer Betrag pro Liter, Kilowattstunde oder Tonne erhoben wird, sinkt mit inflationsbedingt steigenden Preisen ihr realer Wert und damit ihre Lenkungswirkung. Die steigenden Einnahmen aus Preisinstrumenten wie etwa der Lkw-Maut und der CO₂-Bepreisung stabilisieren zwar den Anteil umweltbezogener Einnahmen, halten aber unterm Strich nicht das Absinken auf. Seit 2003 ist der Wert der Umweltsteuern inflationsbereinigt um rund 29% gesunken, so die Berechnungen des FÖS. Dem könnte mit einer Indexierung der Steuersätze entgegengewirkt werden, schlägt das FÖS vor.

Das Fazit der Studie: Die Einnahmen aus Umweltsteuern decken nur einen Bruchteil der gesellschaftlichen Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden. Anreize, die Verschmutzung der Umwelt und den Verbrauch von Ressourcen zu reduzieren, werden so nicht gesetzt. Ökonomisch und ökologisch sinnvoll wäre es, dass diese Kosten nach dem Verursacherprinzip verteilt werden. Wichtigste Schritte: Die Stärkung der CO₂-Bepreisung, die Reform der Energiesteuer, die Ausweitung der Maut auf Pkw sowie die Einführung weiterer ökonomischer Instrumente (z.B. in den Bereichen Ressourcen und Fläche). Schon aus Gründen der Haushaltsstabilität sollten den sinkenden Energiesteuereinnahmen des Verkehrs zielgerichtete Umweltsteuern entgegengesetzt werden.

Weitere Nachrichten:

- **Bundesministerium der Finanzen legt Referentenentwurf für das Steuerentlastungsgesetz 2022 vor.** Enthalten im [Entwurf](#): Die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro rückwirkend zum 1. Januar 2022. Außerdem die Anhebung des Grundfreibetrags für 2022 von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro ebenfalls rückwirkend. Zudem soll die bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent für Pendler (ab dem 21. Kilometer) vorgezogen werden und bereits ab diesem Jahr gelten. Kosten: rund 4,5 Mrd. Euro pro Jahr. Beim Einzelnen dürfte allerdings nicht allzu viel hängen bleiben, [zeigen Berechnungen der FAZ](#). Ein Lediger mit 2000 Euro im Monat kann mit 120 Euro im Jahr zusätzlich rechnen, bei einem Verdienst von 6.500 Euro wären es 171 Euro.
- **Gesundheitsschädliche Ungleichheit und unzureichende Umverteilung.** Eine [Analyse des DIW](#) zeigt: arme Menschen mit belastenden Berufen leben im Durchschnitt kürzer und haben nach Rentenbeginn auch bis zu sechs Jahre weniger Zeit, bevor sie pflegebedürftig werden. Weil Beamte und andere privat Versicherte nicht in die gesetzliche Versicherung einzahlen und weil die private Zuzahlung hoch

ist, gleicht die Pflegeversicherung diese Ungleichheit nur unzureichend aus.

- **Neuigkeiten für Immobilieneigentümer:** Aktuell werden Immobilieneigentümer [aufgefordert](#) Daten für die neue Grundsteuer-Bewertung und für die Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2021 zur Verfügung zu stellen. BMWK und BMWSB haben auch ein Stufenmodell für die Aufteilung des CO₂-Preises vorgelegt. Ziel war Vermieter von schlecht isolierten Wohnungen höher zu belasten und sie zur Modernisierung zu motivieren. Das scheint mit dem Entwurf nur begrenzt zu gelingen.

Steuern und Entwicklung

UN-Steuerkonvention für global gerechte Verhandlungsregeln

Globale Steuerregeln werden großteils auf Grundlage von zwischenstaatlichen Verträgen gemacht, die Länder mit geringer Verhandlungsmacht benachteiligen. Wenn, wie bei der globalen Mindeststeuer, internationale Vereinbarungen getroffen werden, dann im Rahmen der OECD. OECD-Verhandlungen sind aber intransparent und ermöglichen keinen fairen Verhandlungsrahmen für alle, die meisten afrikanischen Länder haben die globale Mindeststeuer z.B. nicht mitverhandelt. Kein Wunder, dass viele damit nicht einverstanden sind. Bereits 2019 forderten die Afrikanischen Staaten, dass die globale Steuerkoordination an die UN übertragen und eine UN-Steuerkonvention verabschiedet wird.

Einen [Vorschlag](#) wie so eine UN-Steuerkonvention ausformuliert werden könnte, haben GATJ (die weltweite Dach-NGO vom Netzwerk Steuergerechtigkeit) und EURODAD nun vorgelegt: Er beinhaltet einen institutionellen Rahmen im UN-Gefüge mit einer jährlichen Vertragsstaatenkonferenz, einem Sekretariat und einem zugehörigen Expertenausschuss. Inhaltlich könnte die Konvention bestehende zwischenstaatliche und regionale Reforminitiativen zusammenführen und neue Akzente setzen: Z.B. eine Gesamtkonzernsteuer, die das bestehende Verrechnungspreissystem ablöst, das wesentlich zur globalen Ungleichheit beiträgt. Oder ein öffentlich zugängliches weltweites UN-Unternehmens-Register, das die tatsächlichen Eigentümer von Unternehmen und Trusts aufdeckt (mehr zu den Vorschlägen in unserem [Blog](#)). Das wären weitergehende Reformen als wir sie bisher gesehen haben.

Die Unterstützung der wichtigen Akteure fehlt aber noch. Auch Deutschland lässt bisher den notwendigen Mut vermissen. Zwar forderten SPD, Grüne und Linke vor der Wahl eine stärkere Rolle der UN bei Steuerfragen, im Koalitionsvertrag ist davon aber nichts übrig geblieben.

Weitere Nachrichten:

- **Der globale Mindeststeuersatz von 15% Prozent entspricht nicht den Realitäten vieler Entwicklungsländer.** Einige von ihnen haben bereits eine

effektive Steuerrate die darüber liegt, so eine [Publikation des South Center](#).

- **Geschlechtergerechtigkeit trifft Steuergerechtigkeit.** Gewalt gegen Frauen und Mädchen betrifft eine von drei Frauen im Laufe ihres Lebens. Ökonomisch prekäre Verhältnisse können die Situation der Betroffenen verschlimmern und Initiativen für Schutz und gesellschaftlichen Wandel benötigen staatliche Ressourcen, die gerade in Ländern mit klammen Budgets oft nicht vorhanden sind. Auf diesen und weitere Zusammenhänge machen die [Global Days of Action on Tax Justice for Women's Rights](#) aufmerksam.
- **Korruption von deutschen Firmen im Ausland wird nur selten ermittelt.** Oft werden Beteiligte [höchstens wegen Teilvergehen](#) wie Steuerhinterziehung der Bestechungsgelder verurteilt.

Steuerverwaltung und Cum-Ex

Blitzer-Warnung für Steuerhinterzieher und neues zu Cum-Ex

Laut [Handelsblatt](#) haben die Steuerbehörden aus NRW Anfang März wieder ihre Liste der zentralen und dezentralen Prüfungsfelder veröffentlicht. In den Vorjahren stand demnach meistens die "Liebhaberei" im Fokus, 2022 wird es die Thesaurierungsbesteuerung von Personengesellschaften. 67 Finanzämter schauen auch weiter schwerpunktmäßig auf die Liebhaberei, 40 Finanzämter fokussieren sich auf die Steuervergünstigung für energetisches Sanieren. Ziel der Liste ist es, Steuerzahler schon vorab zur Einreichung von detaillierten Belegen für diese Prüffelder zu animieren und so die Bearbeitung zu verkürzen und vereinfachen. Wie bei der Blitzer-Warnung könnte sie aber auch Anreiz sein, die Regeln an anderen Stellen nicht ganz so genau zu nehmen und zu hoffen, dass die automatische Risikoanalyse die Steuerhinterziehung in diesem Bereich übersieht. Deswegen veröffentlichen die meisten anderen Bundesländer nur allgemeine oder gar keine derartigen Empfehlungen.

In Sachen Cum-Ex wurde der wichtige Hintermann der Geschäfte für den deutschen Markt, der Steuerrechtler Hanno Berger, mittlerweile erfolgreich aus der Schweiz an Deutschland [ausgeliefert](#). Er wird sich wohl schon ab April vor dem Landgericht Wiesbaden verantworten müssen: Es geht um Cum-Ex-Geschäfte mit unrechtmäßig erlangten Steuererstattungen in Höhe von 113,3 Millionen Euro. Einer der früheren Kunden Bergers, die Hamburger Warburg Bank, ist indessen daran gescheitert, gerichtlich die Deutsche Bank für Steuerrückforderungen in Haftung zu nehmen. Die Warburg war im Rahmen der Geschäfte als Leerkäufer aufgetreten. Sie hatte argumentiert, dass die Deutsche Bank die der Warburg fälschlicherweise erstatteten Kapitalertragsteuern hätte einziehen müssen, da sie die Depotbank des letzten Glieds der Lieferkette sei, an deren Anfang ein Leerverkauf stand. Laut [OLG Frankfurt am Main](#) sei niemals das wirtschaftliche Eigentum übergegangen, weswegen die Deutsche Bank nicht hätte abführen müssen – was sie ihren Kunden auch mitgeteilt hatte und der Warburg hätte klar sein müssen. Als letzte Kurznachrichten zu Cum-Ex hat 1) der [Bundesrat](#) die Bundesregierung

erneut aufgefordert, einen stärkeren Informationsaustausch zwischen Finanzämtern, Börsen und Börsenaufsichten zu erlauben, und 2) der [Bundesfinanzhof](#) endgültig das Cum-Ex-Modell mit US-Pensionsfonds für steuerlich unwirksam erklärt, welches zu Beginn der Aufklärungsarbeit als erstes Modell systematisch vom Bundeszentralamt für Steuern aufgearbeitet worden war.

Weitere Nachrichten:

- **Italien ermittelt wegen Steuerhinterziehung gegen Putins Architekten:** Lanfranco Cirillio soll den angeblichen "Palast Putins" am Schwarzen Meer geplant haben. Jetzt [ermittelt die italienische Guardia di Finanza](#) wegen Hinterziehung und Geldwäsche von 50 Millionen Euro. Mehrere Gemälde und ein Hubschrauber wurden bereits beschlagnahmt.
- **Griechenland bietet ausländischen Rentnern eine Pauschalsteuer von 7 Prozent auf ihre ausländischen Einkünfte.** Damit [folgt es ähnlichen Sonderregimen](#) wie z.B. in Portugal und hat anscheinend bisher 200 Rentner angelockt. Der große Andrang bleibt also noch aus. Trotzdem Zeit das deutsche Doppelbesteuerungsabkommen neu zu verhandeln?
- **Neuer BFH-Präsident im Amt:** [Hans-Josef Thesling](#) hat schon mehrmals zwischen Gericht und Verwaltung gewechselt, sieht auch seine neue Aufgabe als "mehr Verwaltung als Steuerrecht" und entscheidet demnächst mit über den Solidaritätszuschlag.

Hörens wert:

- Tax Justice Network Podcast: ["Stolen Dreams"](#)
- Podcast Wirtschaftsfragen: "Ran an die Oligarchen!", von Lukas Scholle & mit Christoph Trautvetter. Direktlink zu Spotify [hier](#)

Veranstaltungen:

- 21.03.2022, 15 Uhr: "Feminist perspectives: Progressive taxation for an equal, green, and feminist transition", Online-Event der Global Alliance for Tax Justice. Zur Anmeldung [hier](#)
- 23.03.2022, 13 Uhr: "Shifting the narrative: Why we need progressive taxation to finance education, and the role of IFIs", Online-Event der TaxEd Alliance. Zur Anmeldung [hier](#)
- 23.03.2022, 19 Uhr: "Russische Oligarchen im Fadenkreuz: Sagt Europa Finanzkriminalität nun den Kampf an?", Webinar. Zur Anmeldung [hier](#)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10247 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

mailer lite